GrenzEcho Aus Ostbelgien Donnerstag, 14. März 2024

PDG: Ecolo erkundigt sich bei Minister Antoniadis nach Bauflächenmanagement der Regierung Wahlen: Freie Bürgerliste nennt sich um

## "Vorsicht ist Gebot der Stunde" "Viva PLUS Ostbelgien" wirtschaftliche Entwicklung wird "Huppertz + Co"

Wie gedenkt die Regierung mit Bauland in der DG umzugehen? Das war eine Frage, die Ecolo im Rahmen einer parlamentarischen Frage während der Regierungskontrolle am Montag im PDG SP-Minister Antoniadis Antoniadis stellte. Dieser mahnte vor einer "Politik mit der Brechstange".

In der flämischen Tageszeitung De Standard wurde über eine Studie berichtet, die vom flämischen Umweltministerium in Auftrag gegeben wurde und eine kritische Betrachtung der Baulandnutzung in Flandern vornimmt. Diese Studie empfiehlt, von den vorhandenen 42.000 Hektar Bauland in Flandern 28.000 Hektar aus verschiedenen Gründen nicht zu bebauen. Die Kriterien hierfür sind unter anderem die Lage außerhalb bestehender Siedlungs- und Industriegebiete sowie die Entfer-Wohnzentren, zu Schulen oder Geschäften. Aufgrund dieser Einsichten und mit dem Ziel, einen Netto-Null-Flächenverbrauch 2040 zu erreichen, hat die flämische Regierung bereits Maßnahmen ergriffen, um die weitere Zersiedelung einzudämmen.

Angesichts dieser Entwicklungen stellte Ecolo am Montag während der Regierungskontrolle im Ausschuss I eine



Bis 2050 ein Null-Netto-Flächenverbrauch erreichen.

Foto: dpa

parlamentarische Frage an Minister Antonios Antoniadis (SP). Für den abwesenden Ecolo-Abgeordneten Freddy Mockel wollte dessen Fraktionskollege Andreas Jerusalem von dem Minister erfahren, inwiefern auch in der DG Bemühungen existieren, das zur Verfügung stehende Bauland hinsichtlich seiner Eignung zu evaluieren, welche Kriterien hierfür angelegt werden und wie die DG mit dem Phänomen des ungünstig situierten Baulands umgeht. Minister Antoniadis betonte

in seiner Antwort, dass, obwohl in der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Situation bezüglich der Baulandknappheit noch nicht so angespannt sei wie in Flandern, dennoch eine vorausschauende und nachhaltige Planung

das Ziel der EU-Kommission, einen Null-Netto-Flächenverbrauch bis 2050 zu erreichen, und darauf, dass die Regionen Belgiens, einschließlich der DG, eigenständig ihre Strategien zur Erreichung dieses Ziels entwickeln müssten. Ein Fachgutachten für eine Raumstrategie, das von Experten erarbeitet wurde, liegt bereits vor und wurde teilweise in der Plenarsitzung vom 26. Februar diskutiert. Es beschreibt verschiedene Instrumente, die zur Erreichung des Ziels eines Null-Netto-Flächenverbrauchs beitragen können. Der SP-Politiker appellierte abschließend in seiner Antwort an die nächste Regierung, Parlament und Gemeinden, eine Raumstrategie mit breitem Konsens zu beschließen und dabei sowohl die ökologische Verantworerforderlich sei. Er verwies auf tung als auch die soziale und wirtschaftliche Entwicklung im Blick zu haben: "Vorsicht ist das Gebot der Stunde und keine Politik mit der Brechstan-

Andreas Jerusalem hob in seiner Replik zur Antwort des Ministers die Wichtigkeit einer Priorisierung zwischen günstigem und ungünstigem Bauland hervor, um den Bodenverbrauch nachhaltig zu gestalten. Er betonte die Bedeutung einer ausgewogenen Abwägung zwischen dem Nutzen der Flächenversiegelung und den ökologischen Folgen: "Wir müssen halt abwägen, wann es sinnvoll ist, Flächen zu versiegeln".

Michael Balter (Vivant) äußerte Bedenken gegenüber einer zu strikten Regulierung und plädierte für eine größere Autonomie der Grundstücksbesitzer: "Solch eine Veränderung muss mit Bedacht angegangen und gemeinsam mit den Gemeinden besprochen werden", mahnt Michael Balter. Er kritisierte auch den direkten Vergleich mit Flandern, denn "die Situation in der DG und insbesondere in der Eifel ist eine ganz andere als in Flandern".

Abschließend unterstrich mit verschiedenen Partnern Andreas Jerusalem die Wichtigkeit politischer Leitlinien für eine nachhaltige Baulandnutzung: "Das Ganze muss in irgendeiner Weise moderiert werden. Da ist die Politik gefordert, denn dafür sind wir da". (kupo)

"Nach ausführlichen Gesprä- zusammenzuarbeiten, um Inchen zwischen der VoG VIVA Ostbelgien (Voll Inklusiv - Voll Aktiv) und der freien Bürgerliste "Viva PLUS Ostbelgien" hat die Bürgerliste beschlossen, ihren Namen zu ändern. Das kündigt Jolyn Huppertz in einer Mitteilung an.

In der Vergangenheit sei es wiederholt zu Verwechslungen gekommen, "wobei die politisch neutrale Vereinigung VIVA Ostbelgien fälschlicherweise mit der Bürgerliste in Verbindung gebracht oder verwechselt wurde". Um dieser Herausforderung künftig vorzubeugen, werde sich die Bürgerliste in "Huppertz + Co" umbenennen, heißt es Begründung in dem Schreiben.

"Wir möchten an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass sich die VoG VIVA Ostbelgien für die Inklusion in der gesamten DG einsetzt und dabei eine parteipolitisch neutrale Position einnimmt".

Das Hauptziel der VoG sei es, die Interessen von Menschen mit Beeinträchtigungen zu vertreten, fehlende Angebote zu schaffen und

klusion in sämtlichen Bereichen des Alltags zur Normalität werden zu lassen, stellt Jolyn Huppertz klar. "Aufgrund wiederholter Zwischenfälle haben wir uns mit Bedauern dazu entschlossen, den Namen zu ändern. Ursprünglich wurde der Name 'Viva' mit viel Bedacht gewählt, um die Lebensfreude und Einzigartigkeit von Ostbelgien zu unterstreichen sowie eine offene Haltung gegenüber benachbarten Regionen und Gemeinden zu symbolisieren. Trotz unserer Überzeugung, dass solche Verwechslungen unwahrscheinlich wären, ist es wichtig als Politiker Verantwortung zu übernehmen", erklärt Jolyn Huppertz.

Für die bevorstehende PDG-Wahl im Juni habe man sich entschieden, als unabhängige Bürgerliste unter dem Namen "Huppertz + Co" anzutreten.

Nach den Wahlen werde die Bürgerliste "intensiv daran arbeiten, eine neue, geeignete Bezeichnung zu finden, die unsere Werte und Ziele angemessen repräsentiert", heißt es in der Mitteilung abschließend. (red/kupo)



